

POSITIONSPAPIER

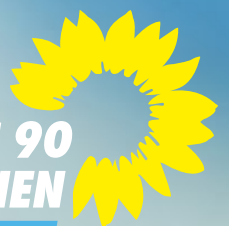


SCHNELLTEST **STRATEGIE**

konsequent und
flächendeckend umsetzen



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG BAYERN



SCHNELLTESTSTRATEGIE ENDLICH KONSEQUENT UND FLÄCHENDECKEND UMSETZEN!

Hohe Fallzahlen und trotzdem verfrühte Lockerungen ohne vorbereitetes Schnelltestkonzept bei gleichzeitig sich schnell verbreitenden hochansteckenden Virusmutationen und schleppender Durchimpfung haben die dritte Coronawelle begünstigt. Genügend Tests, die auch von allen regelmäßig und flächendeckend in Anspruch genommen werden können, sind eine Grundvoraussetzung dafür, Infektionsketten zu durchbrechen. Hier hat die Staatsregierung in beiden Punkten versagt. Seit Mitte Oktober 2020 (siehe den Antrag Drs. 18/10766: Verdachtsfälle in systemrelevanten Einrichtungen schneller identifizieren, das Leben mit dem Virus gestalten) fordern wir, eine umfassende Schnellteststrategie aufzustellen und auf massenhafte Schnelltests zu setzen. Priorität müssen Einrichtungen haben, in denen Menschen mit einem sehr hohen Risiko leben oder behandelt werden, die Aufrechterhaltung der systemrelevanten Versorgung und wir haben explizit Schnelltests für Kitas, Schulen und Betriebe gefordert. Erst im März 2021 bewegte sich die Staatsregierung. Jedoch traten die Lockerungen in Kraft – deutlich früher als die angekündigte Schnellteststrategie vor Ort (in Apotheken und kommunalen Testzentren) umgesetzt werden konnte – aufgrund des Nichtvorhandensein der Antigen- und Selbstschnelltests. Auch die Öffnung von Schulen vor den Osterferien für den Präsenzunterricht ohne ausreichend und flächendeckend Selbstschnelltests bereitzustellen, war erneut ein Managementfehler der Söder-Regierung, den wir von Anfang an hart kritisiert haben. **Wir GRÜNE fordern:**

I. Testpflicht für bayerische Betriebe – Arbeitsschutz für bayerische Beschäftigte endlich ernstnehmen

Der Arbeitsschutz für unsere bayerischen Beschäftigten muss ernstgenommen werden. Laut aktueller Unternehmensbefragung im Auftrag vom BMWi bietet zum 8. April 2021 über die Hälfte der Unternehmen Beschäftigten, die vor Ort arbeiten, mindestens einmal wöchentlich Tests an. Weitere Unternehmen planen dies bis etwa Mitte April. Auf der Beschäftigtenseite zeigt sich, dass aktuell 6 von 10 Beschäftigten (61 Prozent) eine Arbeitgeberin oder einen Arbeitgeber haben, die/der Corona-Tests anbietet. Von den rund 40 Prozent der Beschäftigten, die zurzeit kein Testangebot von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zur Verfügung gestellt bekommen, gaben wiederum 30 Prozent an, ihr Arbeitgeber habe dies in Aussicht gestellt. Dabei testen kleine Unternehmen etwas seltener im Vergleich zu größeren Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. Dies wird durch die Beschäftigtenbefragung weitgehend gestützt: Mitarbeiter*innen in kleinen Betrieben (< 10 Beschäftigte) erhalten deutlich seltener ein Corona-Testangebot (etwa 40 Prozent). Wir finden – hier ist immer noch Luft nach oben. **Wir GRÜNE fordern:**

- eine Homeoffice-Pflicht dort wo es möglich ist! Ein geringes Infektionsrisiko in Betrieben dient unmittelbar dem Schutz der gesamten Bevölkerung.
- eine Testpflicht für Betriebe, wo Homeoffice nicht möglich ist: Unternehmen müssen ihren in Präsenz beschäftigten Mitarbeiter*innen pro Woche mindestens zwei kostenlose Schnelltests (auch Selbsttests oder Gurgeltests) zur Verfügung stellen und eine Bescheinigung über das Testergebnis ausstellen. Wenn kein Homeoffice möglich ist, dann ist das Testen am Arbeitsplatz ein Weg, Ausbrüche am Arbeitsplatz zu vermeiden und unsere bayerischen Beschäftigten und ihre Familien zu schützen, bis die Impfquote eine tatsächliche Auswirkung auf die Infektionslage zeigt.
- sicherzustellen, dass Schnell- und Selbsttests bzw. Gurgeltests von allen Betrieben (unter Berücksichtigung arbeits- und datenschutzrechtlicher Fragen) selbständig und vor allem leicht beschaffen und eingesetzt werden können.

Mit Abwarten oder zahnlosen Selbstverpflichtungen verlieren wir weiter wertvolle Zeit beim Kampf gegen das Virus. Eine Pflicht für verbindliche Tests in Betrieben ist nötig, andere Bundesländer wie zum Beispiel Berlin haben schon gezeigt, dass dies möglich ist. Bayern muss endlich nachziehen und entsprechend die Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung anpassen.

II. Verlässlichen und sicheren Präsenzunterricht

Vor den Osterferien haben Schulen wieder teilweise geöffnet, aber es fehlte an Selbstschnelltests, die die Staatsregierung zwar angekündigt, aber nicht geschafft hat, in ausreichender Menge rechtzeitig zu beschaffen und ihre Verteilung zu organisieren. Angesichts der gefährlicheren Mutationen und wieder steigender Inzidenzwerten muss die Sicherheit in der Schule massiv erhöht werden. Die Testpflicht für Schüler*innen und Lehrer*innen zweimal pro Woche ist zwar zu begrüßen, sie kam allerdings mit der Entscheidung am 7. April 2021 sehr spät und die konkrete Umsetzung ist noch nicht geklärt.

Um an bayerischen Schulen (abgesehen vom Inzidenzwert), sicher in Präsenz unterrichten zu können, sind nicht nur endlich Impfangebote an das Personal nötig, sondern als Voraussetzung für eine Teilnahme am Präsenzunterricht auch konsequent umgesetzte, flächendeckende Testungen.

Wir fordern die Staatsregierung auf:

- sofort genügend Selbst- und Schnelltests bzw. auch Gurgeltests allen Schulen zur Verfügung zu stellen. Die Teststrategie für Schulen ist so aufzustellen, dass geschulte, schulexterne Dienstleister*innen, mit entsprechender Schutzausrüstung, die Testungen der Schüler*innen ggf. beaufsichtigen und durchführen können, damit die Lehrer*innen nicht an den Testungen der Schüler*innen beteiligt werden müssen. Falls Lehrer*innen eingebunden werden, müssen sie über die entsprechende Schutzausrüstung verfügen. Den Schulen dürfen keine Kosten entstehen.
- für Schüler*innen der Klassen 1 bis 6 die von externem geschultem Personal durchgeführten Testungen als „Spuck- oder Gurgeltests“ mittels Pooling-Verfahren durchzuführen.
- ab Klasse 7 den Schüler*innen Selbsttests zur Verfügung zu stellen und ggf. eine verlässliche Durchführung sowie zeitnahe Auswertung durch schulexternes Personal zu gewährleisten.
- in jedem Fall auf kindgerechte, individuell passende und möglichst wenig invasive Testmöglichkeiten zu achten. Kindern und Jugendlichen, denen bestimmte Verfahren nicht zuzumuten sind, müssen alternativ andere Verfahren angeboten werden. Positive Testergebnisse sind umgehend, am selben Tag, in Testzentren, Arztpraxen oder Apotheken zu überprüfen. Die Stigmatisierung positiv getesteter Kinder und Jugendlicher ist unbedingt zu vermeiden.
- allen Lehrkräften und Beschäftigten in allen bayerischen Schulen bis 18. April 2021 ein Impfangebot zu unterbreiten.

III. Kitabetrieb besser und dauerhaft absichern

Die wichtige und kontinuierliche Aufrechterhaltung des Kitabetriebs ist aktuell nur bei stabiler und niedriger Inzidenz und mit regelmäßigem Testen durchführbar. Dafür muss die Staatsregierung endlich sorgen. Die Inzidenzwerte bei Kita-Kindern sind in den vergangenen Tagen nachweisbar angestiegen. In Kitas fehlt seit Monaten Sicherheit fürs Personal und genügend Tests. Das ständige Wechseln zwischen Notbetreuung, Regelbetrieb und eingeschränktem Betrieb belastet Familien und Beschäftigte enorm. Es reicht nicht, allein die Erwachsenen und das Personal in den Einrichtungen regelmäßig zu testen. Wenn wir die Kindertagesbetreuung in Kitas und in der Kindertagespflege aufrechterhalten wollen, werden wir nicht umhinkommen, auch die Kinder zu testen. **Wir GRÜNE fordern:**

- für Erzieher*innen sowie andere Beschäftigte an bayerischen Kindergärten und Krippen, sowie in der Kindertagespflege eine Testpflicht einzuführen. Testungen sind mindestens zweimal wöchentlich durchzuführen.
- Corona-Tests auch für die zu betreuenden Kinder zur Verfügung zu stellen und auf eine Testung mindestens einmal pro Woche hinzuwirken. Möglich sind aus unserer Sicht Tests von geschultem Personal vor den Einrichtungen, Kooperationen mit Testzentren oder Selbstschnelltests, die entweder in der Einrichtung oder von Eltern noch zu Hause durchgeführt werden. Die Entscheidung welche

Variante genutzt wird, sollte vor Ort getroffen werden. In jedem Fall dürfen nur gut handhabbare, kindgerechte Testverfahren zur Anwendung kommen, bei denen es reicht, wenn mit dem Stäbchen im vorderen Bereich der Nase ein Abstrich genommen wird (anterior nasale Selbstschnelltests) oder die s.g. Spuck- oder Lutsch-Selbstschnelltests (Lollitests).

- dass die Staatsregierung sämtliche Kosten für Tests und Personal übernimmt. Soweit Selbsttests zur Anwendung kommen, sind diese von der Staatsregierung zur Verfügung zu stellen.

IV. Sichere Universität

Wir fordern die Staatsregierung auf, ausreichend Schnelltestangebote an Universitäten und Hochschulen bereitzustellen, wenn Präsenz nötig ist (Labore, Sportprüfungen, musikpraktische Übungen etc.) und wo der Unterricht nur bedingt digital ersetzt werden kann, so dass auch dort mindestens zweimal die Woche Schnelltests möglich sind.

V. Neue Modelle erproben

Die Entscheidung zur Erprobung des s.g. Tübinger Modells in Bayern finden wir grundsätzlich längst überfällig. Die Verschiebung des Starts von mehreren Modellprojekten am 7. April 2021 um zwei Wochen angesichts der dritten Welle und der durch Feiertage unsicheren Höhe der gemeldeten Inzidenzzahlen halten wir aber für richtig. Die aktuellen Entwicklungen in Bayern lassen derzeit kaum Spielraum für weitere Öffnungen zu. Bayern will acht Modellregionen schaffen, um dort zwei Wochen lang zu erproben, ob Öffnungen bei strikten Auflagen und Schnelltests die Inzidenzen weiter nach oben treiben oder vertretbar sind. Wir fordern den Zeitraum der Erprobung deutlich – auf mehrere Wochen – auszudehnen, um valide Daten zu erhalten. Außerdem fordern wir bei der Auswahl der Städte solche auszuwählen, die eine stabile Inzidenz weit unter 100 haben und wo das zuständige Gesundheitsamt nicht nur digital, sondern auch personell sehr gut aufgestellt ist, um die Kontaktnachverfolgung lückenlos zu gewährleisten sowie auch zu untersuchen, wo die Infektionsübertragung trotz Auflagen und Tests genau stattfindet. Nur unter diesen Bedingungen finden wir die Erprobung zukünftig durchführbar.

VI. Informationskampagne und Aufklärung stärken

Die beste Teststrategie nutzt nichts, wenn das Angebot nicht in Anspruch genommen wird.

- bayerische Kommunen auf, barrierefrei und mehrsprachig auf ihren Webseiten über die diversen Testmöglichkeiten vor Ort zu informieren.
- eine bayernweite Informationskampagne zur Teststrategie zu schaffen, damit alle leicht und einfach Zugang zum Testen und zu Informationen finden können. Das heißt eine Kampagne mit klaren, objektiven und verständlichen Informationen aufzustellen und diese breit in die bayerische Bevölkerung zu streuen – in TV, Radio und sozialen Netzwerken, über Chat-Systeme, Telefon-Hotlines, Plakate und Handreichungen für Hausärzt*innen, Apotheken, etc. Informationen sollen grundsätzlich in Leichter Sprache, in Deutscher Gebärdensprache sowie in mehreren Sprachen bereitgestellt werden.
- Bürger*innen mittels zielgruppenspezifischer Werbung und Aufklärung darauf aufmerksam zu machen, sich regelmäßig testen zu lassen und den Anspruch, einmal pro Woche einen Schnelltest durchführen zu lassen, auch wahrzunehmen.
- eine zentrale "Corona-Website" der Staatsregierung zu schaffen, wo wirklich alle Informationen, Erklärungen und Rechtsgrundlagen zum Coronavirus gebündelt, übersichtlich und stets aktuell dargestellt werden.

Stand: 14.4.2021



KONTAKT:

Christina Haubrich, MdL
Gesundheitspolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2554

christina.haubrich@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de